

WIRTSCHAFTSJAHR 2015

Industriestandort Deutschland stärken

Der Jahreswechsel ist der Zeitpunkt für Optimismus und gute Vorsätze. Dies gilt auch für die Bundesregierung: Sie will den schuldenfreien Haushalt für 2015 – um jeden Preis. Diesem Anliegen hat die Große Koalition allerdings schon im zurückliegenden Jahr zu viele Projekte untergeordnet. Angesichts der anhaltenden Konjunkturschwäche ist die schwarze Null ein fragwürdiges Ziel. Überdies ist eine Haushaltskonsolidierung zulasten von Investitionen und der Zukunftsfähigkeit des Landes ein riskantes Spiel. Für mehr Wachstum und Wohlstand hierzulande muss die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland gestärkt werden.

Wirtschaftspolitik neu ausrichten

Aus Berlin erwarten die Unternehmen wirtschafts- und investitionsfreundliche Politik. Bislang hat die Große Koalition aber vor allem Wohltaten verteilt; Reformen, die die Wirtschaft nachhaltig stärken, sind nicht in Sicht. Gerade weil die Konjunktur schwächelt, müssen neue Sozialleistungen und zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft unterbleiben. Einige Arbeitsmarktpläne der Bundesregierung laufen aber gerade darauf hinaus – etwa jene zur Regulierung von Werkverträgen und Zeitarbeit. Die notwendigen Reformen der Agenda 2010 drohen zurückgedreht zu werden. Die Folge: Investoren sind zunehmend verunsichert und die Erfolge am Arbeitsmarkt gefährdet. Es ist also allerhöchste Zeit, innezuhalten und die Wirtschaftspolitik neu auszurichten.

In diesem Jahr muss es darum gehen, die Standortfrage positiv zu beantworten. Der Standort Deutschland braucht eine Politik, die die Volkswirtschaft resistenter macht. Resistenter gegenüber Schocks, resistenter aber auch gegenüber dem unabänderlichen demografischen Wandel im eigenen Land.

Erwirtschaften geht vor Verteilen

Das Pflichtenheft der Bundesregierung ist prall gefüllt. Aber auch die Tarifpartner müssen mit einer verantwortungsvollen Tarifpolitik aktiv werden. Dabei geht es um Löhne und Kosten, genauso wie die Arbeitszeitgestaltung. Es geht letztlich um die Frage: Was kann sich die Branche tatsächlich leisten? Für Politik und Wirtschaft gilt: Verteilt werden kann nur, was vorher erwirtschaftet wurde.

»Gerade weil die Konjunktur schwächelt, müssen zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft unterbleiben.«

KONJUNKTUR

BAVC-Konjunkturumfrage 2014/2015:	
Gestiegene Unsicherheit	2
Chemie-Konjunktur:	
Auch 2015 kaum Wachstum	4

BILDUNG

Tarifvertrag »Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg«	5
--	---

SOZIALPOLITIK

BAVC-Umfrage: Tarifliche Altersvorsorge auf Erfolgskurs	6
---	---

CSSA

CSSA-Kuratorium: Arbeit der Zukunft?	8
--------------------------------------	---

BAVC-KONJUNKTURUMFRAGE 2014/2015

Gestiegene Unsicherheit

Die politischen Krisen in der Welt und die unsichere Entwicklung der Weltwirtschaft haben die Nachfrage nach Chemie-Produkten im Jahresverlauf 2014 deutlich gedämpft. Die konjunkturelle Abkühlung, die anhaltend hohe Kostenbelastung am Chemie-Standort Deutschland sowie der zunehmende globale Wettbewerbsdruck spiegeln sich auch in den Ergebnissen der aktuellen BAVC-Konjunkturumfrage wider: Der Ausblick der Chemie-Unternehmen auf den weiteren Geschäftsverlauf im Jahr 2015 fällt verhalten aus. An der im November 2014 durchgeführten Erhebung haben sich 578 Unternehmen mit rund 362.000 Beschäftigten aus dem Organisationsbereich des Bundesarbeitgeberverbands Chemie (BAVC) beteiligt.

Ertragslage unter Druck

Die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage sowie zur Ertragsituation zeugen von der Heterogenität im Geschäftsverlauf der Branche: Viele Unternehmen spüren den konjunkturellen Gegenwind. Während rund ein Drittel (32 Prozent) der befragten Firmen ihre aktuelle Geschäftslage als »gut« bezeichnet, schätzt ein knappes Viertel (23 Prozent) der Unternehmen die gegenwärtige wirtschaftliche Situation als »kaum befriedigend« oder »schlecht« ein.

Hohe Kosten für Energie, Rohstoffe und den Faktor Arbeit, ein nur geringes Mengenwachstum und gleichzeitig rückläufige Erzeugerpreise – dies schlägt sich in weiten Teilen der Chemie negativ in der Ertragslage nieder. Während 28 Prozent der Firmen zuletzt »gute« Erträge erzielen konnten, kennzeichnet beinahe die gleiche Anzahl (25 Prozent) ihre Ertragsituation als »kaum befriedigend« bzw. »schlecht«. 9 Prozent der antwortenden Unternehmen schrieben im Jahr 2014 sogar Verluste und weitere 23 Prozent erzielten Nettoumsatzrenditen zwischen 0 und 3 Prozent. Der Blick nach vorne lässt keine durchgreifende Verbesserung bei der Gewinnsituation erwarten. Insgesamt 30 Prozent der Unternehmen rechnen im Jahr 2015 mit sinkenden Erträgen, nur 19 Prozent mit einem Anstieg.

Nur verhaltene Aussichten für 2015

Das eingetrübte Wirtschaftsklima schlägt sich in den Aussichten für 2015 nieder. **Produktion:** Derzeit gehen 30 Prozent der Unternehmen für das kommende Jahr von einem Produktionsanstieg aus, 14 Prozent rechnen mit einem Rückgang. Die Vorjahreserhebung erbrachte einen identischen Saldo-Wert von 16 Punkten. Daraus lässt sich schließen, dass die Chemie-Produktion auch 2015 nur schwach zulegen wird – wie bereits im abgelaufenen Jahr. Die Firmen rechnen offenbar nicht mit einer deutlicheren Ausweitung der Mengen.

Investitionen: Das unsichere wirtschaftliche Umfeld, aber auch die hohen Energie- und Arbeitskosten wirken sich zudem negativ auf die Investitionspläne aus: 2015 wollen 22 Prozent der Chemie-Firmen mehr am Standort Deutschland investieren. 23 Prozent der Unternehmen werden voraussichtlich weniger investieren. Betrachtet man die Investitionspläne für das Ausland, so ist der Saldo hier leicht positiv. Der Anteil der Firmen, die 2015 ihre Auslandsinvestitionen forcieren wollen, liegt bei 14 Prozent. Dagegen wollen nur 10 Prozent der Unternehmen ihre Investitionspläne im Ausland zurückschrauben. Bereits im Jahr 2012 hat die chemisch-pharmazeutische Industrie mehr im Ausland als in Deutschland investiert.

ANSPRECHPARTNER

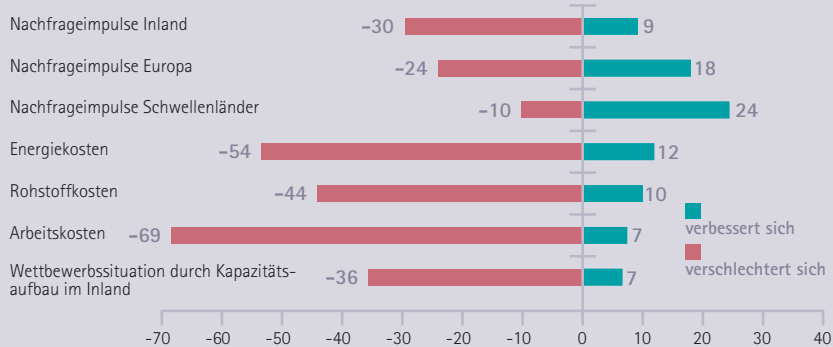


Dirk Meyer | Geschäftsführer

Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt

dirk.meyer@bavc.de

Geschäftserwartungen der Chemie-Unternehmen



Quelle: BAVC-Konjunkturumfrage 2014/2015, Anteil der antwortenden Unternehmen in Prozent

SERVICE

Weitere Infos zur Chemie-Konjunktur finden Sie unter

www.bavc.de

Beschäftigung: Ein ähnlich zurückhaltendes Bild wie bei den Inlandsinvestitionen zeigt sich bei den Plänen zur Beschäftigung. Der Anteil der Betriebe, die zusätzliche Mitarbeiter einstellen wollen, ist mit 18 Prozent leicht geringer als der Anteil jener, die einen Personalabbau erwarten (19 Prozent).

Angesichts der zuletzt schwächelnden Konjunktur in Deutschland hat sich bei den Chemie-Unternehmen Skepsis breit gemacht. Nur 9 Prozent der befragten Betriebe erwarten verbesserte Nachfrageimpulse aus dem Inland, während 30 Prozent hier von einer Verschlechterung ausgehen (Saldo -21). Ähnlich sorgenvoll richtet sich der Blick nach Europa. Nach wie vor gehen 70 Prozent der deutschen Chemie-Exporte in diesen Kernmarkt. Die wirtschaftliche Schwäche der Eurozone hinterlässt ihre Spuren: 24 Prozent der Betriebe gehen von einer verschlechterten Nachfragesituation durch europäische Kunden aus, nur 18 Prozent sind positiv gestimmt (Saldo -6). Die Hoffnungen ruhen hingegen auf den Schwellenländern, obwohl diese bei zuletzt niedrigeren Wachstumsraten insgesamt nicht mehr das gewohnte Gegengewicht zu den Industrieländern darstellten.

Gegensteuern: Sparen und Kosten senken

Aber nicht allein die schwache Nachfrage nach Chemie-Produkten bereitet den Betrieben Kopfzerbrechen. Als Exportindustrie spielen die Kosten für Energie, Rohstoffe und den Faktor Arbeit eine ganz entscheidende Rolle, um mit qualitativ überzeugenden Produkten im internationalen Wettbewerb auch preislich konkurrieren zu können. Sowohl bei den Energiekosten (54 Prozent), den Rohstoffkosten (44 Prozent), besonders bei den Arbeitskosten (69 Prozent) fürchten die Unternehmen weitere Belastungen und damit einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Verschärfend kommt hinzu, dass der globale Wettbewerbsdruck für den deutschen Chemie-Standort zunimmt. Niedrigere Energie- und Rohstoffkosten, etwa in den USA oder in Nahost, lenken Investitionen in diese Regionen und führen zu einem Aufbau neuer Produktionskapazitäten. Mehr als ein Drittel der befragten Chemie-Unternehmen (36 Prozent) fürchten durch einen solchen Kapazitätsaufbau eine Verschlechterung ihrer eigenen Wettbewerbssituation.

Die Chemie spürt den Gegenwind aus schwächelnder Konjunktur, rückläufigen Erzeugerpreisen und steigender Kostenbelastung. Gleichzeitig nimmt der globale Wettbewerbsdruck stetig zu. Zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit zwingt dies die Unternehmen der Chemie-Branche zum Handeln. Aktuell steht deshalb bei mehr als drei Vierteln der Betriebe Sparen und Kostensenken auf der Agenda.

TEXT: DIRK MEYER

CHEMIE-KONJUNKTUR

Auch 2015 kaum Wachstum

Das globale Umfeld für die Chemie-Konjunktur hat sich im Verlauf des Jahres 2014 zunehmend verschlechtert. Die wirtschaftliche Erholung in Europa blieb kraftlos. Auch viele Schwellenländer enttäuschten mit niedrigem Wachstum. Diese Entwicklungen blieben nicht ohne Auswirkungen auf den Industriestandort Deutschland und die deutsche Chemie-Industrie. Die Nachfrage nach Chemikalien im In- und Ausland stieg im abgelaufenen Jahr weniger stark als erwartet.

Jahresziele 2014 nicht erreicht

Mit nur mageren Zuwächsen bei Produktion und Umsatz ist das Chemie-Jahr 2014 letztlich erneut hinter den Erwartungen geblieben. Bei insgesamt verhaltener Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen legte die Produktion nach vorläufigen Daten gegenüber dem Vorjahr lediglich um 1,5 Prozent zu. Bei rückläufigen Preisen (minus 1 Prozent) konnte der Chemie-Umsatz nur leicht auf 193,6 Milliarden Euro ausgeweitet werden (plus 1,5 Prozent). Trotz der geringen wirtschaftlichen Dynamik ist die Beschäftigung – nach amtlicher Abgrenzung – erneut um 1 Prozent auf nunmehr 442.500 Beschäftigte leicht angewachsen.

Je nach Geschäftsfeld ist das Jahr 2014 für die Unternehmen sehr unterschiedlich verlaufen – weite Teile der Branche hinken der Entwicklung hinterher. So ist die Herstellung von Petrochemikalien und Polymeren gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent gesunken. Noch schlechter entwickelte sich das Geschäft mit anorganischen Grundstoffen: Hier betrug der Produktionsrückgang sogar 4,5 Prozent. Damit mussten alle Grundstoffsparten ihre Produktion drosseln. Im Gegensatz dazu belebten sich die Geschäfte mit Fein- und Spezialchemikalien (plus 4 Prozent) sowie mit Pharmazeutika (plus 5 Prozent) im Jahresverlauf spürbar, während die konsumnahen Chemikalien, wie der Branchenschnitt bei Produktion, um 1,5 Prozent zulegen konnten.

Vor dem Hintergrund der anhaltend schwachen Weltkonjunktur und einer Ausweitung der Fördermengen gab der Rohölpreis im zweiten Halbjahr 2014 spürbar nach. Im Jahresschnitt verbilligte sich Rohöl um 10 Prozent. Durch die zeitgleiche Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar fiel die Entlastung bei den Rohstoffkosten allerdings deutlich niedriger aus. Rohbenzin, als wichtigster Rohstoff der deutschen Chemie-Industrie, verbilligte sich daher nur um 2 Prozent. Um ihre Kapazitäten bei stockender Nachfrage ausreichend auslasten zu können, gaben die Chemie-Unternehmen die gesunkenen Rohstoffkosten an ihre Kunden weiter. Deshalb sanken die Chemikalienpreise im Jahr 2014 um 1 Prozent.

Prognose 2015: erneut nur leichte Zuwächse

Das konjunkturelle Umfeld mahnt zur Vorsicht – der Ausblick fällt entsprechend verhalten aus. Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) erwartet für 2015 einen leichten Zuwachs der Chemie-Produktion um 1,5 Prozent. Bei rückläufigen Erzeugerpreisen (minus 0,5 Prozent) könnte der Umsatz um 1,5 Prozent zulegen.

Die Prognose geht von einer weiterhin robusten Inlandsnachfrage nach Chemie-Erzeugnissen aus und setzt darauf, dass sich die wirtschaftliche Situation in der Eurozone weiter stabilisiert. Die Chemie-Ausfuhren sollten insgesamt zulegen, allerdings blieben die Wachstumsraten mäßig. Mit einer raschen Belebung in den kommenden Monaten rechnet der VCI daher nicht.

CHEMIE-PROGNOSE 2015

Produktion

plus 1,5 Prozent

Erzeugerpreise

minus 0,5 Prozent

Umsatz

plus 1,5 Prozent

(Veränderungen gegenüber Vorjahr)

TEXT: DIRK MEYER

TARIFVERTRAG »ZUKUNFT DURCH AUSBILDUNG UND BERUFSEINSTIEG«

9.367 neue Ausbildungsplätze

Die chemisch-pharmazeutische Industrie hat ihr tariflich gesetztes Ziel von 9.200 neu angebotenen Ausbildungsplätzen im Jahr 2014 übertroffen. Insgesamt wurden 9.367 Ausbildungsplätze angeboten. Mit diesem Engagement setzt die Chemie-Branche auf die duale Ausbildung als ein wichtiges Instrument zur Fachkräftesicherung. Dies betrifft insbesondere die naturwissenschaftlich-technischen Berufe, auf die gut zwei Drittel aller Ausbildungsverhältnisse entfallen.

Erstmals wurde im Rahmen des Tarifvertrags »Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg« die Übernahme-situation der Ausgebildeten in der Branche flächendeckend erfasst. Das Ergebnis: Auch nach der Ausbildung bieten die Unternehmen sehr gute Beschäftigungsperspektiven. Rund 90 Prozent aller Jugendlichen werden im Anschluss an ihre Ausbildung übernommen.

BAVC-Hauptgeschäftsführer Stiller: Gute Übernahme-situation dank Flexibilität

BAVC-Hauptgeschäftsführer Klaus-Peter Stiller erklärt: »Zwischen Ausbildung – auch über Bedarf – und den anschließenden Übernahme-spektiven besteht ein enger Wirkungszusammenhang. Wir haben eine intelligente tarifvertragliche Lösung gefunden, die verantwortungsvoll beide Bereiche in den Blick nimmt. Der Anteil der unbefristeten Übernahmen direkt nach der Ausbildung liegt aktuell bei gut 38 Prozent. Dort, wo zunächst befristet übernommen wird, münden die Ausgebildeten später zumeist ebenfalls in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis ein. Dies gelingt dank der notwendigen Flexibilität bei der Übernahme.«

Ausbildung in der Chemie-Branche

Der im Jahr 2003 abgeschlossene und mehrfach verlängerte Ausbildungstarifvertrag wurde im Februar 2014 zum Tarifvertrag »Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg« weiterentwickelt. Dieser betrachtet Nachwuchssicherung in der Chemie-Branche ganzheitlich und umfasst das Förderprogramm für noch nicht ausbildungsreife Jugendliche (Start in den Beruf), Vereinbarungen zum Ausbildungsplatzangebot, Grundsätze zur Übernahme sowie den Karrierewegweiser »Berufskompass Chemie« (www.berufskompass-chemie.de).

Im Bereich des betrieblichen Förderprogramms »Start in den Beruf« wurden seit dem Jahr 2000 bereits über 3.500 junge Menschen mit rund 7,5 Millionen Euro durch den Unterstützungsverein der chemischen Industrie (UCI) gefördert. Hier sammeln Jugendliche Erfahrungen in der Arbeitswelt und lernen die betrieblichen Anforderungen und Abläufe in unterschiedlichen Berufsfeldern kennen. Im Anschluss an eine Start-Maßnahme münden rund 80 Prozent der jungen Menschen direkt in eine Ausbildung oder einen anderen Qualifizierungsweg ein.

Insgesamt befinden sich im Jahr 2014 rund 28.000 junge Menschen in der Ausbildung zu einem der über 50 naturwissenschaftlichen, technischen oder kaufmännischen Berufe in der chemischen Industrie. Weitere Informationen zu den Berufsbildern und freie Ausbildungsplätze für das Jahr 2015 finden Jugendliche unter www.elementare-vielfalt.de, der Ausbildungskampagne der Chemie-Arbeitgeberverbände.

TEXT: CHRISTOPHER KNIELING

STANDPUNKT



Margret Suckale
BAVC-Präsidentin

» Die Chemie-Branche nutzt die Chancen der dualen Ausbildung – gerade in Zeiten zunehmender Fachkräftengänge. Mit einem Ausbildungsangebot von jährlich 9.200 Plätzen haben wir uns auch für die Zukunft ambitionierte Ziele gesetzt. Die sehr gute Übernahme-situation spricht für die hohe Ausbildungsqualität in der chemischen Industrie. Gemeinsam schaffen wir Zukunftsperspektiven für junge Menschen und setzen gleichzeitig ein wichtiges Signal für die Attraktivität der beruflichen Bildung in Deutschland. «

ANSPRECHPARTNER



Christopher A. Knieling

Bildungs- und Personalpolitik,
Nachwuchsmarketing

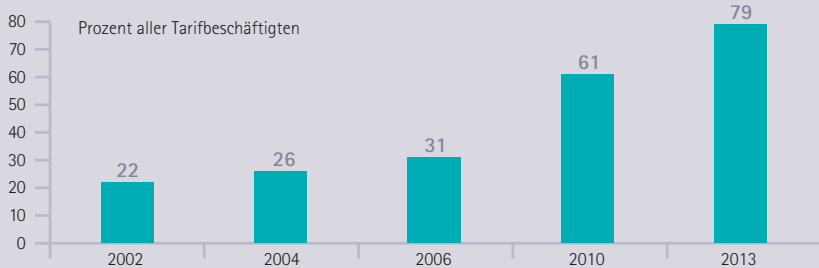
christopher.knieling@bavc.de

BAVC-UMFRAGE ZUM TARIFVERTRAG »LEBENSARBEITSZEIT UND DEMOGRAFIE«

Tarifliche Altersvorsorge auf Erfolgskurs

Die Tarifvertragsparteien der chemischen Industrie haben es bereits 1998 den Beschäftigten ermöglicht, über Entgeltumwandlung eine zusätzliche, kapitalgedeckte Altersvorsorge aufzubauen. Zum Zeitpunkt der Einführung des allgemeinen Anspruchs auf Entgeltumwandlung durch den Gesetzgeber im Jahr 2002 lag der Verbreitungsgrad der tariflichen Altersvorsorge in der Chemie bereits bei 22 Prozent der Tarifbeschäftigten. Seither konnte die Beteiligung auf einen Durchdringungsgrad von 79 Prozent im Jahr 2013 gesteigert werden. Das ist das Ergebnis der aktuellen BAVC-Umfrage zur Verbreitung der Entgeltumwandlung nach dem Tarifvertrag über Einmalzahlungen und Altersvorsorge (TEA).

Beteiligung an der tariflichen Altersvorsorge



Quelle: BAVC 2014, Berichtsjahr 2013

Selbst bei den Auszubildenden nutzen mittlerweile 48 Prozent diese Möglichkeit, was auch hier eine nochmalige Zunahme um zehn Prozentpunkte seit 2010 bedeutet. Zu der gestiegenen Verbreitung beigetragen haben dabei vor allem die Umgestaltung der vermögenswirksamen Leistungen, die heute nur noch in Form des Entgeltumwandlungsgrundbetrages für die tarifliche Altersvorsorge zur Verfügung stehen, sowie die im Tarifvertrag »Lebensarbeitszeit und Demografie« festgeschriebenen Demografiebeträge, die seit 2010 auf betrieblicher Ebene auch für die tarifliche Altersvorsorge zur Verfügung gestellt werden können.

Durchschnittlicher Umwandlungsbetrag von 973 Euro

Die Chemie-Tarifverträge fördern die Entgeltumwandlung der Beschäftigten neben der staatlichen Steuer- und Sozialabgabenfreiheit zusätzlich durch Arbeitgeberzuschüsse. Der durchschnittliche Umwandlungsbetrag lag im Jahr 2013 bei den teilnehmenden Chemie-Beschäftigten bei 973 Euro und damit wiederum etwas höher als der durchschnittliche Umwandlungsbetrag in den Vorjahren.

Neben dem Entgeltumwandlungsgrundbetrag von 478,57 Euro und der Chemie-Tarifförderung I von 134,98 Euro haben die Beschäftigten in der chemischen Industrie die Möglichkeit, zusätzliche Entgeltbestandteile in die tarifliche Altersvorsorge einzubringen. Hierfür können sie auf tarifliche Einmalzahlungen, das Urlaubsgeld, Teile des laufenden Tarifentgelts, die Demografiebeträge (sofern in der betrieblichen Vereinbarung bzw. den Auffangregelungen zum Demografiefonds so vorgesehen) sowie sonstige, übertarifliche Einmalbezüge zurückgreifen.

Die Umfrage hat aber auch gezeigt, dass 48 Prozent der teilnehmenden Tarifbeschäftigten lediglich den Entgeltumwandlungsgrundbetrag nebst Chemie-

ANSPRECHPARTNERINNEN



Anne Augustin

Soziale Sicherung, Sozialrecht

anne.augustin@bavc.de

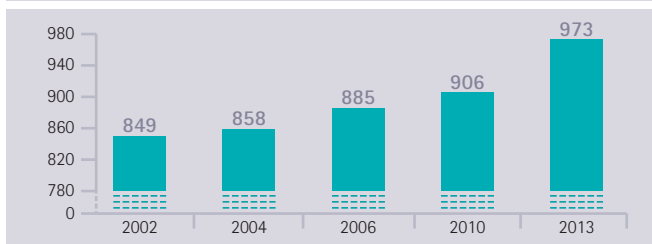


Mechthild Bachmann

Soziale Sicherung, Sozialrecht

mechthild.bachmann@bavc.de

Entwicklung des Durchschnitts-Entgeltumwandlungsbetrags in Euro



Quelle: BAVC 2014, Berichtsjahr 2013

Tarifförderung I umwandeln. Eine wichtige Aufgabe für die Tarifvertragsparteien bleibt es deswegen, neben einer noch umfassenderen Verbreitung auch eine Anhebung der individuellen Umwandlungsbeträge zu erreichen. Nur so können die Versorgungslücken aus der gesetzlichen Rentenversicherung langfristig ausgeglichen werden.

Sofern weitere Entgeltbestandteile umgewandelt wurden, zeigt sich, dass in 2013 am häufigsten die Demografiebeiträge sowie Jahresleistung und Urlaubsgeld von den Beschäftigten eingebracht wurden.

Alle Durchführungswege genutzt

Die Tarifvertragsparteien haben dem Arbeitgeber die Entscheidung über den Durchführungsweg für die tarifliche Altersvorsorge im jeweiligen Betrieb überlassen. Angeboten und auch genutzt werden in der chemischen Industrie für die tarifliche Altersvorsorge alle fünf Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung. Oftmals existieren in den Unternehmen aber auch mehrere Durchführungswege parallel.

Die von den Unternehmen am häufigsten angebotenen Durchführungswege waren in 2013 die Direktversicherung (DV) – 20 Prozent nutzen die Chemie-Direktversicherung über den Chemie-Verbandsrahmenvertrag, 58 Prozent andere Direktversicherungen – sowie die Pensionskasse mit 45 Prozent der Unternehmen. Die Branchenlösung ChemiePensionsfonds (CPF) wurde mit 28 Prozent am dritthäufigsten angeboten. Die Durchführung über die Unterstützungskasse (UK) oder die Direktzusage spielte in je 16 Prozent der Unternehmen eine Rolle.

Ausgehend von den im jeweiligen Unternehmen angebotenen Durchführungsweisen, der Zahl der Beschäftigten in diesen Unternehmen und deren Auswahl eines Durchführungswegs ergibt sich das Bild der tatsächlichen Nutzung der Durchführungswege in der Branche. Die Chemie-Arbeitnehmer nutzten in 2013 aus diesem Angebot am häufigsten die Pensionskasse (38 Prozent), die Direktversicherung (insgesamt 26 Prozent) oder verfügten über eine Direktzusage (26 Prozent). Der ChemiePensionsfonds wurde von 14 Prozent der Beschäftigten genutzt und die Unterstützungskasse von 11 Prozent.

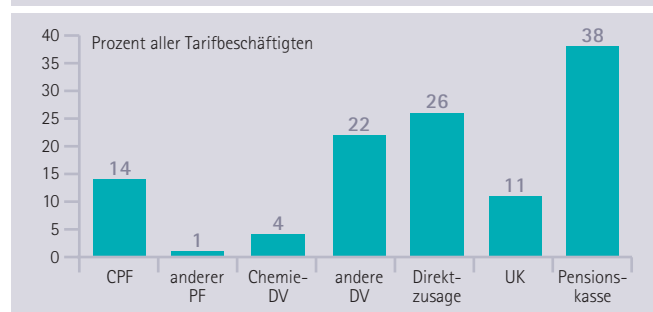
Arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge weiterhin stark

Neben der tariflichen Altersvorsorge durch Entgeltumwandlung bieten weiterhin 69 Prozent der Mitgliedsunternehmen der Chemie-Arbeitgeberverbände eine zusätzliche, ausschließlich arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung an. Von den Tarifbeschäftigten der Branche verfügten im vergangenen Jahr 68 Prozent über eine entsprechende Zusage ihres Arbeitgebers. Gegenüber früheren Jahren ist damit trotz des deutlichen Ausbaus der tariflichen Altersvorsorge und der zunehmenden nationalen und europäischen Regulierung bisher eine weitgehend stabile Entwicklung der Verbreitung der zusätzlichen, ausschließlich arbeitgeberfinanzierten, betrieblichen Altersversorgung in der Branche festzustellen.

Nutzungsmöglichkeit: Berufsunfähigkeitszusatzversicherung Chemie (BUC)

Eine weitere Möglichkeit der tariflichen Vorsorge bietet die Option zur Verwendung des Demografiebetrages 1 für die Berufsunfähigkeitszusatzversicherung Chemie (BUC). Derzeit nutzen 9 Prozent der Chemie-Betriebe diese Möglichkeit. Hierbei handelt es sich überwiegend um kleinere und mittlere Unternehmen, in denen 3 Prozent aller Tarifbeschäftigten der Branche tätig sind. Die BUC zeichnet sich dadurch aus, dass alle Tarifbeschäftigten ohne eine Gesundheitsprüfung in den Vertrag aufgenommen werden – ausgenommen sind nur Mitarbeiter, die bereits berufsunfähig sind. Ihr Schutz baut sich über die ersten zwei Jahre sukzessive auf. Neben dem Demografiebetrag 1, den der Betrieb in die BUC einzahlt, können die Beschäftigten in fast allen Betrieben auch eigene Beiträge einbringen, um so einen höheren Schutz zu erhalten. Die Nutzung der BUC ist auch außerhalb der Verwendung der Demografiebeiträge für Betriebe der chemischen Industrie und ihre Beschäftigten möglich.

Genutzte Durchführungswege nach Beschäftigten



Quelle: BAVC 2014, Berichtsjahr 2013, Mehrfachnennungen möglich

TEXT: ANNE AUGUSTIN, MECHTHILD BACHMANN

Arbeit der Zukunft?

Einen so hochrangigen Gast hat die CSSA nicht alle Tage: Die gemeinsame Stiftung der Chemie-Sozialpartner hatte am 5. Dezember 2014 in Berlin Gelegenheit, mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles über Themen zu debattieren, die die Chemie-Sozialpartner BAVC und IG BCE bewegen.

MEHR INFOS

Aktuelle Projekte und weitere Infos über die CSSA finden Sie unter

www.cssa-wiesbaden.de

Gemeinsame Grundsätze von Arbeitgebern und Gewerkschaft

BAVC-Präsidentin Margret Suckale schlug einen sozialpartnerschaftlichen wie zukunftsreichen Ton an, indem sie auf das gemeinsame Interesse von Arbeitgebern und Gewerkschaft hinwies, dass »Arbeit eine gute Zukunft in Deutschland haben soll«. Sie rief die vielen Errungenschaften der Chemie-Sozialpartner – sei es die Förderinitiative für Jugendliche »Start in den Beruf« oder der Tarifvertrag »Lebensarbeitszeit und Demografie« in Erinnerung, um dann zu betonen: Wenn Arbeit in Deutschland, wenn attraktive Arbeitsbedingungen wie in der Chemie eine Zukunft haben sollen, müsse auch das Umfeld dafür stimmen. Dazu gehöre eine Stärkung der Sozialpartnerschaft – Stichwort »Tarifeinheit« – ebenso wie Instrumente, die den Flexibilitätserfordernissen einer globalisierten Wirtschaft Rechnung tragen: Zeitarbeit und Werkverträge hätten in der Vergangenheit als Jobmotoren gewirkt – warum ihnen also gesetzgeberisch das Wasser abgraben?

IG BCE-Hauptvorstandsmitglied Egbert Biermann griff dieses Anliegen auf, um ihm freilich eine andere Wendung zu geben: In Sachen Flexibilität sei nicht nur die Arbeitnehmerschaft gefordert, sondern mehr noch die Unternehmen. Alternde Belegschaften erforderten flexible Arbeitszeitmodelle und Möglichkeiten zum gleichenden Übergang in den Ruhestand. In der Arbeitswelt der Zukunft müsse auch darauf geachtet werden, dass »Betriebsverfassung« und »Mitbestimmung« nicht zu hohlen Begriffen eines anderen Industriezeitalters würden, sondern mit Blick auf die zunehmende Entgrenzung der Arbeit mit neuem Leben gefüllt würden.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles verteidigte im Brustton der Überzeugung das umstrittene Rentenpaket der Bundesregierung und konnte sich einen Seitenhieb nicht verkneifen: Die Tariflandschaft gleiche mehr und mehr einem »Schweizer Käse«, das sei ein veritables Problem für die kollektive Durchsetzung von Arbeitnehmerbelangen und damit unbedingt diskussionswürdig. Sodann richtete sie den Blick nach vorne: Die Bundesregierung werde sich der Regelung flexibler Übergänge in den Ruhestand ebenso annehmen wie der Stärkung von betrieblicher und privater Altersvorsorge, um Arbeitsleben und Nacherwerbszeit besser in Einklang zu bringen. Demografischer Wandel, Digitalisierung, Globalisierung und Wertewandel seien die großen Veränderungsgrößen für die Arbeitswelt der Zukunft.

TEXT: ANDREAS OGRINZ

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. | Postfach 1280 | 65002 Wiesbaden | Internet: www.bavc.de
 Kontakt: info@bavc.de | www.twitter.com/BAVChemie. Verantwortlich: Dr. Klaus-Peter Stiller. Redaktion: Sebastian Kautzky, Dirk Meyer, Christopher A. Knieling, Rebecca Wilhelm. Druck: Thomas Winter, Leimen. Lesen Sie die digitale Ausgabe als E-Paper unter www.bavc.de oder nutzen Sie die Impuls-App des BAVC – kostenfrei erhältlich im App Store und bei Google Play.